



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/139

19. Juni 1950

Hinweise

<u>auf den Inhalt:</u> Zum Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen	S.1
Ein Stadtrat macht Weltpolitik (Bericht aus New York)	S.3
Zahlen zum Hamburger Parteitag	S.4
Frauen-Landarbeit am schwersten	S.6
Präsidenten mehrererlei Art (Glosse)	S.6

Konsolidierung der Demokratie

Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben den Parteien einen klaren Erfolg gebracht, die sich aktiv und aus ehrlicher Überzeugung am Aufbau der Demokratie in Deutschland beteiligt haben. Regierung aus Prinzip und politische Hysterie aus Veranlagung haben eine vollkommene Niederlage erlitten. In Deutschland selbst wie im Auslande wird das einen guten Eindruck hervorrufen. Die vielen kleinen Splitterparteien haben sich nicht durchgesetzt. Die KP hat in ihrer früheren Hochburg, dem westdeutschen Industriegebiet, ihre bisher schwerste Niederlage erlitten. Die Tendenz zur Konsolidierung der Demokratie ist eine erfreuliche Grundtatsache des Ergebnisses vom 18. Juni.

Weniger erfreulich ist vom sozialdemokratischen Standpunkt die interne Entwicklung innerhalb dieser Kräfte. Zwar war von vornherein sicher, dass die Position der SPD nicht zu erschüttern war. Die SPD hat drei Mandate mehr gewonnen als die CDU und der prozentuale Abstand im Stimmenverhältnis zwischen beiden Parteien hat sich verringert. Andererseits hätte ohne Zweifel die wirtschaftliche und soziale Situation Anlass für ein anderes Ergebnis sein müssen, wenn es nicht auch diesmal der CDU gelungen wäre, durch weitestgehende Einschaltung der Kirche zu ihren Gunsten grosse Wählerkreise unter Druck zu setzen und durch den Appell an traditionelle Gefühle und Ressentiments von eben jenem anderen Gebiet der praktischen politischen Erkenntnis, von dem Begreifen der wirklichen Ursache für die eigene persönliche Bedrängnis und die schreiende Ungerechtigkeit der sozialen Situation abzulenken. Das wird besonders deutlich in dem Umstand, dass in den Gebieten links des Rheins und in der Mehrzahl überwiegend katholischen Landkreisen die Sozialdemokratie zurückgegangen ist, während sie in den ausgesprochen protestantischen Gebieten und in fast allen eigentlichen Industriekreisen zugenommen hat.

Die Tatsache, dass die FDP, die in der Kulturpolitik im Lager der Gegner von CDU und Zentrum steht, erheblich gewonnen hat, ist kein Gegenbeweis. Einmal ist sie auch heute noch, gemessen an den beiden anderen Parteien, eine Gruppe von viel geringerem Anhang, zum anderen sind zu ihr offenbar diesmal alle jene gestossen, die glauben, sich durch die Flucht in diese Partei am besten einer verpflichtenden Verantwortung gegenüber den wirtschaftlich schwachen Kräften entziehen zu können.

Auch mag in dem Ja für einen FDP-Kandidaten manche Dankesquittung für die jüngste Steuerreform der Bonner Regierung enthalten gewesen sein. Schliesslich dürften zu dieser Partei, worauf das Bündnis mit der DRP schliessen lässt, viele Stimmen gestossen sein, die im Grunde gar nichts mit der Demokratie im Sinne haben, die aber richtig vermuteten, dass ihre Stimmen, einer rechtsradikalen Gruppe gegeben, überhaupt nicht zum Tragen kommen würden, während sie sehr wohl dazu beitragen könnten, das Gesicht der FDP immer weiter im Sinne einer extremen Partei zu verändern.

/ ebenso

Wenn interessierte Kreise sagen, das Ergebnis sei eine Bestätigung der Bonner Regierungspolitik, so könnte man sagen, es sei ein Ausdruck der Zustimmung für die Koalition, die vier Jahre lang in Nordrhein-Westfalen an der Regierung war, eine Ansicht, die auch dadurch nicht entkräftet werden könnte, dass eine dieser Regierungsparteien erheblich Stimmen verloren und eine Oppositionspartei in annähernd gleicher Masse Stimmen gewonnen hat.

Ein weiterer Punkt: Für die Verfassung haben sich durchaus nicht nur Wähler von CDU und Zentrum ausgesprochen. Auch das ist eine Folge davon, dass die Geistlichkeit beider Konfessionen in dieser Frage besonders eifrig die Kanzel, d.h. die Möglichkeiten ihrer seelsorgerischen Funktion zu politischer Einflussnahme ausgenutzt hat und dass es ihr gelungen ist, auch in Kreise einzubrechen, die bei anderen Gelegenheiten, etwa bei der Stellungnahme für die eine oder andere Partei, sich nicht missbrauchen lassen.

Wenn man bedenkt, dass alle Parteien in diesem Wahlkampf gegen die SPD standen und dass die SPD nach der FDP den relativ stärksten Gewinn zu verzeichnen hat, so ist das ein Erfolg. Politische Erkenntnisse setzen sich in breiten Bevölkerungsschichten oft langsamer durch, als es deren eigenem Interesse entspricht. Das ist eine Tatsache, die man in die politische Rechnung mit einsetzen muss.

Formal besteht jetzt die Möglichkeit, dass sich ein reines Bürgerblock-Kabinetts im Bonner Stil bildet. Ob die CDU Nordrhein-Westfalens dazu willens und in der Lage ist, ist eine Frage, die sie selbst in erster Linie entscheiden muss. Auf die Dauer aber kommt die CDU nicht um eine klare Stellungnahme in den sozialen Fragen herum.

- - - - -

Ein Stadtrat macht Weltpolitik

Von S. Aufhäuser, New York

In den USA hat sich kürzlich im Rahmen der Europa-Hilfe eine hübsche Geschichte abgespielt. An der kassersten Nordwest-Ecke der Vereinigten Staaten liegt die Stadt Seattle mit 380 000 Bewohnern. Neben weiten landwirtschaftlichen - und Fischereibetrieben ist dort in wenigen Jahren eine überaus mannigfache Industrie an Konsumwaren entstanden. Seattle ist mit seinem wichtigsten Hafen zum Pazifischen Ozean das Handelszentrum für den ganzen Nordwesten des Landes geworden, es ist eines der Tore zum Weltverkehr.

Ogleich die Stadt mit ihrem Gesicht nach dem Fernen Osten gerichtet ist, wurde sie kürzlich zu einem Markstein in der Entwicklung der Europahilfe. Das kam so: Seattle benötigte im Januar für ein neues Projekt Ladestationen für Überlandzentralen. Ein Angebot der britischen Firma Ferrant Ltd. lag im Preise mit \$ 225 000 unter der Konkurrenzofferte einer amerikanischen Firma, wurde aber aus angeblich "technischen" Gründen abgelehnt. Die Engländer setzten sich sofort mit dem Leiter der Marshallhilfe, Paul Hoffman, in Verbindung und erinnerten ihn an die amerikanischen Anweisungen, wonach die europäische Einfuhr zur Überwindung der Dollarkluft in jeder Weise gefördert werden sollte.

Hoffman versicherte die Briten, dass ihre Erzeugnisse in keinem Falle eine Diskriminierung erfahren sollten und vertröstete sie auf das nächste Mal. Am 24. Mai hatte sich der Stadtrat wieder mit dem Kauf von Transformatoren zu befassen. Auf Vorschlag des Bürgermeisters wurde entschieden, dass einheimischen Angeboten gegenüber ausländischen der Vorzug gegeben werden müsste, auch wenn sie bis zu 25% teurer sind, als die britische Offerte. Da der Zoll für elektrische Waren 15% beträgt, hätte die Firma Ferranti diesmal um nicht weniger als 40% billiger sein müssen, wenn sie den Wettbewerb mit der amerikanischen Konkurrenz aufnehmen wollte. Der Beschluß des Stadtrates versetzte das ausländische Corps der Konsuln in helle Aufregung und als am folgenden Tage eine Feier zur "Seattle Welthandels-Woche" unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattfinden sollte, drohten die sämtlichen Diplomaten mit einem Boykott des Festessens. In Washington liessen die Engländer die Leitung der Marshallplanverwal-

tung diesmal deutlich wissen, dass jener Stadtratsbeschluss mit der von ECA versprochenen "Nichtdiskriminierung" nicht in Einklang zu bringen sei. In der "Seattle Times" wurde ausgeführt, dass Seattle vom Aussenhandel leben muss und darum für eine derartige Diskriminierung ausländischer Produkte kein Raum sein könne. Die Zeitung verwies darauf, dass England für \$ 12.000.000 Flugzeuge und für \$ 2.500.000 Äpfel aus Seattle importiert hätte.

Am 25. Mai, dem Tage der vorgesehenen Feier, wurde es immer lebhafter. Die Geschäftsleute der Stadt bestürmten den Bürgermeister und dringende Telefongespräche häuften sich aus Washington. Am Mittag des folgenden Tages war die Schlacht beendet, der Stadtrat hatte seinen Beschluss auf eine 25 prozentige Benachteiligung ausländischer Lieferanten zurückgezogen. Die Stadtväter hatten gelernt, über die Kirchturmspitze hinauszusehen, sie mussten begreifen, dass die Empfängerländer der amerikanischen Europahilfe nur zahlungsfähige Kunden der Vereinigten Staaten sein können, wenn ihnen auch gleichzeitig der grosse Markt dieses Landes zum Absatz ihrer eigenen Waren geöffnet wird. Die Staatsmänner der Grossmächte aber, die sich über die Erfordernisse des Wiederaufbaues Europas grundsätzlich einig sind, mögen aus dem Fall Seattle lernen, dass es nicht genügt, in Washington, London und Paris Programme zu entwerfen, wenn nicht auch die Beteiligten bis herunter zu den grossen Gemeinden ihre Realisierung verbürgen.

- - - - -

Zahlen vom Hamburger Parteitag

sp. Die Sichtung der von den Delegierten des Hamburger Parteitages der SPD ausgefüllten Fragebogen gibt einen interessanten Einblick in die Struktur und die innere Beweglichkeit der SPD. Von den insgesamt 378 Delegierten gaben 352 ihre Fragebogen zurück, die nachfolgenden Angaben mussten daher durch Rückfragen und Archivmaterial ergänzt werden:

Von den Delegierten waren:

unter 30 Jahre alt:	25	(Parteitag in Düsseldorf 7)
30-40 " "	41	" "
40-50 " "	144	" "
50-60 " "	103	" "
über 60 " "	39	" "

Die beiden jüngsten Delegierten waren 21 und 22 Jahre alt, die

beiden ältesten Delegierten waren Paul Löße und Adolf Schönfelder. Der Zug zur Verjüngung - als Auswirkung der Herner Beschlüsse - ist unverkennbar.

155 Delegierte hatten an mehreren Parteitagungen teilgenommen, davon 80 sogar an allen Parteitagungen seit 1945. 223 Delegierte waren in Hamburg jedoch zum ersten Male auf einem Parteitag, ein Zeichen, dass die Delegation kein Privileg "bewährter Genossen", sondern das Ergebnis der freien Entscheidung der Mitglieder ist.

Gewerkschaftlich organisiert waren 282 Delegierte, 66 von ihnen sind aktive Gewerkschaftsfunktionäre. Der Rest bestand aus Hausfrauen, Nichtberufstätigen, Gewerbetreibenden und freischaffenden Berufen. 61 Frauen = 16,1 Prozent wurden nicht ganz dem Frauenanteil in der Partei (18,7%) gerecht, wie ebenso 44 Flüchtlinge = 12,5 Prozent den Anteil der Vertriebenen in der Partei und in der Gesamtbevölkerung nicht erreichten.

Schon vor 1933 in der SPD organisiert waren 303 der Delegierten, während 73 erst nach 1945 und zwei sogar erst 1949 der SPD beitraten. 204 Delegierte hatten in den Kz's, Zuchthäusern und Gefängnissen der Nazis gesessen. Die Berufsaufgliederung des Parteitages stieß insofern auf Schwierigkeiten, als ein erheblicher Teil der Delegierten als Mandatsträger in Parlamenten tätig ist.

Expertenkonferenz der COMISCO

sp. Das Büro der COMISCO hat für die Zeit vom 29. September bis 9. November eine Expertenkonferenz nach Dorking in England eingeladen. Die insgesamt neun Punkte umfassende Tagesordnung der Konferenz dient den Fragen der Organisation und Propaganda.

Präsidenten mehrerer Art

sp. In der vorletzten Sitzung des Bundestags sah man im Bonner Bundeshaus die markante, allen bekannte Gestalt des früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der zur Zeit noch in der Schweiz lebt und bei seinem Deutschlandbesuch in Bonn alte Freunde begrüßte. Alterspräsident Paul Löbe zeigte ihm das Bundeshaus und den Plenarsaal, in dem er einen Teil der Europa-Debatte erlebte. Später begleitete ihn Paul Löbe ins Bundeshaus-Restaurant, in dem auch Bundestagspräsident Dr. Köhler saß. "Oh zwei Präsidenten" - meinte Paul Löbe, der gern zu einem Scherz aufgelegt ist - die ich bekannt machen muß. Und er stellte vor: Ministerpräsident Braun - Präsident des Bundestages Dr. Köhler. Dr. Köhler schüttelte dem hohen Gast freundlich die Hand und erkundigte sich dann, in welchem Land er denn Ministerpräsident sei. Den Beiden sollte für einen Augenblick die Sprache verschlagen haben. Mit verschmitztem Lächeln mußte Paul Löbe dann den Bonner Präsidenten aufklären.

Frauen-Landarbeit am schwersten

sp. Nach den Überprüfungen der Arbeitelosen während der letzten Monate ergibt sich, dass die Frauen vom Arbeitsplatzwechsel weniger als die Männer betroffen werden. Zu den Frauen, die am längsten und am härtesten arbeiten, gehören nach statistischen Erhebungen die Bäuerinnen. Bei einem Wochendurchschnitt von 78,8 Stunden aller Angehörigen eines Bauerndorfes arbeiteten - es handelt sich um die Zeit von Mai bis Oktober - die Bäuerinnen 81,9 Stunden, in einzelnen Fällen wurde eine Frauenarbeit während der Erntezeit bis zu 100 Stunden wöchentlich festgestellt. Ob die erstrebte Technisierung des deutschen landwirtschaftlichen Betriebes ähnlich wie im Ausland einmal dahin führen wird, das harte Los der bäuerlichen Frau zu mildern, weiß heute noch niemand. Aber zu hoffen und wünschen wäre es.

Nachrichten aus der Ostzone:

Sowjets werben deutsche U Boot-Offiziere

Besondere Offiziere der sowjetischen Kommandanturen versuchen in letzter Zeit, ehemalige deutsche Offiziere der Kriegsmarine für den Dienst in der sowjetischen Kriegsflotte zu werben. Besonderer Wert wird auf technisches und Navigationspersonal der ehemaligen deutschen U-Bootflotte gelegt.

Neues Spitzel-System für das flache Land

sp. In der Sowjetzone ist das Spitzel-System durch eine neue Institution erweitert worden. Dabei handelt es sich um die sogenannten Instrukteure, die nach einer eingehenden Schulung besonders auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten eingesetzt werden, wo der gegenwärtige Spitzel-Apparat bei weitem nicht so wirksam ist wie in den Städten. Bisher wurden rund 1 800 solcher Instrukteure für die gesamte Zone ausgebildet. Die Instrukteure, die aus allen Altersgruppen zwischen 17 und 45 Jahren kommen, darunter auch Frauen, sind besonders linientreu und bewährte Kommunisten. Sie erhalten für ihre Tätigkeit ein Monatsgehalt von 300 Mark, dazu fixe Spesen von 100 Mark im Monat und Vergütung der Fahrtkosten. Sie erhalten ferner die Schwerstarbeiterkarte und Reismarken "als Regierungsreisende", das bedeutet eine Monatszuteilung von 3 Pfund Butter, 6 Pfund Fleisch und 6 kg Nahrungsmittel.

Der offizielle Auftrag dieser Instrukteure ist die fachliche und politische Betreuung der Bauern. In Wirklichkeit berichten sie über alle Vorgänge in den Dörfern. Ihre Berichte werden der politischen Polizei zugewiesen, die auch bereits auf Grund der Berichte von Instrukteuren zu Terrormaßnahmen gegen Antikommunisten gegriffen hat.

-o-o-o-

Neues Straflager in Pirna

sp. In Pirna wurde ein neues Straflager eingerichtet, in dem die gleichen Zustände herrschen und die gleichen Methoden angewendet werden, wie in dem Lager Rüdersdorf bei Berlin. Damit wird die kürzlich herabgesetzte Zahl der sogenannten "Justizstraflager" um ein weiteres erhöht.

-o-o-o-

Prämien nach Parteibuch

sp. In der Volkseigenen Lederfabrik Hirschberg/Saale ging eine Prämie in Höhe von 20 000 Mark-Ost für die Übererfüllung des Solls ein. Bei gleichmässiger Verteilung hätte jedes Betriebsmitglied 30 Ostmark erhalten. Tatsächlich erhielten nur etwa 30 Betriebsfunktionäre Prämien, davon der Betriebsleiter Karl Schmidt, ein kommunistischer Landtagsabgeordneter, allein 1 800 Ostmark.

-o-o-o-

Verantwortlich: Peter Raunsu